

Personal öffentlicher Verwaltungen lehnt Lohnabbau ab.

## **Bundesrat soll Zeichen setzen**

Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe (FöV) wehrt sich gegen einen Netto-Lohnabbau beim Bundespersonal. An der Delegiertenversammlung wurde zudem ein Forderungspaket zur Senkung der Wochenarbeitszeit beim Bundespersonal auf 39 Stunden verabschiedet.

Ein Lohnabbau sei sozial- und konjunkturpolitisch unvernünftig, sagte Präsident Hans Ueli Ruchti an der Delegiertenversammlung vom Montag in Bern. Die Verwaltung und die öffentlichen Unternehmen könnten nicht alleine über Personalkosten saniert werden. Der Service public solle weder kaputtgespart noch wegliberalisiert werden.

Die miese Konsumentenstimmung und die stockende Nachfrage im Inland seien die Hauptursachen dieser Rezession. Lohnabbau lähme den Aufschwung der Konjunktur und sei deshalb verantwortungslos. Deshalb müsse auch der Teuerungsausgleich 1997 Verhandlungsthema sein.

Empört zeigte sich die Dachorganisation des öffentlichen Personals darüber, dass im Budget 1997 kein Teuerungsausgleich für das Bundespersonal vorgesehen sei, ohne dass darüber mit dem FöV verhandelt worden sei. Vollendete Tatsachen würden nicht mehr einfach akzeptiert, hiess es an der Delegiertenversammlung.

### **Bereits 2 Milliarden gespart**

Insgesamt habe das Bundespersonal von 1992 bis 1996 bereits einen Sparbeitrag von rund 2 Mrd. Fr. an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet, sagte Ruchti weiter. Wenn das Parlament nun per dringlichen Bundesbeschluss eine nochmalige Kürzung der Personalausgaben in der Bundesverwaltung um 2 Prozent oder 96 Mio. Fr. einführen wolle, werde diese Tatsache nicht gewürdigt.

### **Arbeitszeitverkürzung**

Die 99 stimmberechtigten Delegierten verabschiedeten zudem ein Massnahmenpaket, mit dem Bundesarbeitsplätze erhalten werden sollen. Sie fordern darin vom Bund die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 41 auf 39 Stunden, ohne Lohneinbussen. Damit könnten mindestens 3'300 Bundesarbeitsplätze erhalten werden. Der Ferienanspruch soll ferner gestaffelt erhöht werden, womit weitere 1'700 Stellen gerettet werden könnten.

Weitere Punkte des Pakets sind der flexible Altersrücktritt, die Förderung der regelmässigen Teilzeitarbeit, die Einschränkung der Überzeitarbeit, die erleichterte Bewilligung von Urlaub und die Schaffung von Lehrstellen. Die Forderungen sollen 1997 eingereicht werden.

Seit 1992 habe der Bund gegen 16'000 Bundesarbeitsplätze gestrichen, sagte Samuel Koenig, Sekretär des FöV. „Die Vernichtung öffentlicher Arbeitsplätze ist volkswirtschaftlich und gesellschaftlich absolut unverantwortlich und unvernünftig.“ Bis 2001 sollen weitere 6'000 bis 13'500 Stellen gestrichen werden. Der Bund als öffentlicher Arbeitgeber verschärfe damit die Arbeitslosigkeit, ebenso wie Kantone und Gemeinden. Finanzpolitisch sei dies sinnlos, weil die öffentliche Hand das Eingesparte über Arbeitslosengelder und Fürsorge wieder ausgeben müsse. Damit würden die Probleme nicht gelöst.

### **Resolution**

Die Delegierten rufen in einer Resolution den Bundesrat dazu auf, mit dem Föderativverband rasch Verhandlungen über das Massnahmenpaket aufzunehmen. Weiter fordern sie Bund, Kantone und Gemeinden auf, den Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen und die flächendeckende Grundversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Zudem sprachen sie sich klar gegen das revidierte Arbeitsgesetz und die SVP-Einwanderungsinitiative ab.

Berner Tagwacht, 19.11.1996.

Föderativverband > Arbeitszeit. Bundespersonal. OeD, 1996-11-19